

Sparpolitik.

Die Beratungen des Ernährungsbeirats.

Ueber die vielstündige Aussprache, die der Beirat des Kriegsernährungsamtes am 19. und 20. Januar gehabt hat, liegt nunmehr der offizielle Bericht vor, der trotz seiner dreizehn Schreibmaschinenseiten nicht allzuviel verrät.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes gab unumwunden zu, daß die Versorgungsschwierigkeiten dieses Jahres ihren Grund in der schlechten Kartoffelernte haben. Ueber die Getreideernte gehen die Schätzungen so weit auseinander, daß am 15. Februar eine neue Bestandsaufnahme erfolgen soll. Die Mehreernte an Körnern wurde für 1916-17 gegen das Vorjahr auf 5 Millionen Tonnen angesetzt, die Nachschätzung ergab nur ein Mehr von 3/4 Millionen Tonnen. Genaue Feststellungen liegen, wie schon betont, noch nicht vor. Verschiedentlich wird mit einer etwas höheren Ziffer gerechnet. Die Kartoffelernte erbrachte dagegen 23 Millionen Tonnen gegen 54 Millionen Tonnen im Vorjahre. Unter Berücksichtigung des Nährwertes der Kartoffeln und des Getreides haben wir mit einem Gesamtfehlbetrage von 3 Millionen Tonnen zu rechnen. Dazu kam die Abnahme der Einfuhr. Ein Ausgleich ist nur durch immer sorgfältigere und gerechtere Verteilung der verfügbaren Gesamtmenge und durch Einschränkung des Gesamtverbrauches zu erreichen.

Die Sparpolitik muß schon jetzt eingeleitet werden, damit bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres auch für den ungünstigsten Fall genügende Mittel zur Verfügung stehen. Auf die Einfuhr aus den neutralen Staaten dürfen wir in keiner Weise einen Wirtschaftsplan gründen. Wenn auch die in Rumänien vorgefundenen Vorräte recht erheblich sind, so stehen ihrer Beförderung große Schwierigkeiten im Wege, und es wird langer Zeit bedürfen, bevor die Ausfuhr aus Rumänien in vollem Umfange durchgeführt werden kann. All diesen Ausführungen des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes wird man ohne weiteres beipflichten können. Auch seine Klage, daß die Arbeit der Behörden durch Widerstände, die ein großer Teil der Bevölkerung den Anordnungen entgegenbringt, gehemmt wird, ist leider nur zu berechtigt. Derselbe Herr von Batocki, der erst Höchstpreise für Gänse festsetzen wollte, wenn die Gans 300 M. kostet, seufzt plötzlich: „Es gilt nicht als unehrenhaft und waterlandschädigend, wenn Leute dazu in der Lage sind, sich zu Phantastepreisen Waren zu verschaffen, die ihnen nicht zustehen. Das reizt die Presse und erschwert die Möglichkeit, diese Waren in die öffentliche Hand zu bekommen.“

Erfreulicher als die Berichte über die Kartoffelversorgung sah der Ueberblick aus, den der Leiter der Reichs Fleischstelle gab. Freilich, wir müssen auch weiter sparsam im Fleischverbrauch sein, wenn wir nicht wieder in den Kuhbestand eingreifen und damit unsere Milch- und Fettversorgung schädigen wollen. Aber die Uebersicht über die Schlachtungen zeigt doch, daß in fast allen Gegenden des Reiches eine Verstärkung der Fleischrate erzielt worden ist.

Mit Stannen wird der Leser weiter erfahren, daß an der ganzen Küste etwa 20 Gesellschaften gebildet worden sind, die den Fang der Fische und deren Einfuhr ziemlich restlos erfassen. So erzählte der Reichskommissar für Fische. Im Binnenland hat man von der Tätigkeit dieser Gesellschaften bisher so gut wie noch nichts bemerkt.

Bei dem Bericht über die Bewirtschaftung von Milch und Fett erhoben die Vertreter der Städte die nur zu berechtigte Klage, daß die Städte allzu stiefmütterlich behandelt werden. In einem großen Teil der Städte bekommen tatsächlich nur die Vollmilch-Besorgungsberechtigten überhaupt Milch, während die ganze übrige Bevölkerung auf Milch in jeder Form verzichten muß. Dieser Zustand ist vom Standpunkt kriegswirtschaftlicher Gerechtigkeit nicht zu ertragen, wenn und solange auf dem Lande die Verhältnisse in dieser Beziehung noch erheblich günstiger liegen als in den

Städte. Verschiedentlich wurde betont, daß die Milchzengung auf dem Lande keineswegs in dem gleichen Maße zurückgegangen sein könne wie die Milchanklieferung in den Städten. Jedenfalls werde noch zu viel Milch an das Vieh verfüttert, auch Milch verbuttert. Die Butter komme dann auf Schlechtwegen in die Hände von gut zahlenden Verbrauchern. Vielleicht wird die Festsetzung einheitlicher Milchpreise, die in Vorbereitung ist, etwas Wandel schaffen.

Da Kartoffeln knapp sind, soll zur Brotstreckung in diesem und im kommenden Monat Gerstenmehl, in den anderen Monaten Brotgetreideschrot verwandt werden. Auf diese Weise werden wir, so wird versichert, unter allen Umständen mit unseren Brotgetreidevorräten bis zur nächsten Ernte reichen. Die Kuchenbäckereien sollen unter strengere Kontrolle gestellt werden, damit nicht auf Kosten der Brotkarteninhaber das Kuchenbäcken ausgedehnt wird.

Den Schluß der Beratungen bildeten die Lieferungsverträge. Zur Einleitung der Besprechung hob der Präsident des Kriegsernährungsamtes hervor, daß durchaus kein Systemwechsel eintreten solle, etwa so, daß die bisher in voller öffentlicher Bewirtschaftung stehenden Waren in Zukunft durch Lieferungsverträge aufgebracht werden sollen. Diese kommen nur für solche Nahrungsmittel in Betracht, die ihrer Natur nach nicht zur öffentlichen Bewirtschaftung geeignet seien, in erster Linie Gemüse und Obst. Im Laufe des März soll der Beirat zu einer neuen Sitzung zusammentreten und über die Vorbereitungen des nächsten Jahres den Wirtschaftsplan verhandeln.